Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 55 (1975-1976)
Heft: 12

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kommentare

STAATSPOLITIK UND STEUERHARMONISIERUNG

Dem föderalistischen Aufbau der Eidgenossenschaft entsprechend kommt die originäre Fiskalhoheit innerhalb der verfassungsrechtlichen Schranken sowohl den Kantonen als auch dem Bund zu, wobei auf dem Gebiet der direkten Steuern – jedenfalls aus historischer Sicht – den Kantonen das Primat zukommt. Die Unterschiede in der Ausgestaltung der kantonalen Steuergesetze sind unter dem Einfluss des Wehrsteuerrechts in wesentlichem Ausmasse gemildert worden; sie sind indessen heute noch von Bedeutung und werden im Hinblick auf die zunehmende Mobilität der Steuerpflichtigen und der interkantonalen sowie internationalen Verflechtung der Wirtschaftsunternehmungen als unzeitgemäss und lästig empfunden. Die Harmonisierung der direkten Steuern auf dem Gebiete von Einkommen und Vermögen (Ertrag und Kapital) wurde verständlicherweise von den Kreisen erhoben, die sich von Berufs wegen mit Steuerfragen befassen müssen.

Die Finanzdirektorenkonferenz, ebenfalls an einer Rationalisierung des Steuerwesens interessiert, setzte sich von allem Anfang an für eine vernünftige und den politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten entsprechende Vereinheitlichung der kantonalen direkten Steuern ein. Sie unterbreitete dem Eidgenössischen Finanz- und Zolldepartement einen Vorschlag für einen neuen Bundesverfassungsartikel. Danach soll der Bund bei der Besteuerung der natürlichen und juristischen Personen die Grundsätze über die subjektive Steuerpflicht, das Steuerobjekt, die zeitliche Bemessung, das Verfahrensrecht und das Steuerstrafrecht aufstellen, während die Bestimmung der Steuertarife, der Steuersätze und der Steuerfreibeträge sowie die Regelung der übrigen Fragen Sache der Kantone bleibt.

Ganz andere Zielsetzungen liegen den von einzelnen politischen Parteien lancierten Volksinitiativen auf Steuerharmonisierung zugrunde. Hier geht es nicht mehr um steuerlich-technische Probleme der Rationalisierung, sondern letzten Endes um gesellschaftspolitische Ziele. Die Volksinitiative des Landesringes der Unabhängigen verlangt die Einführung einer zentralen Bundeseinkommenssteuer, auf der die Kantone und Gemeinden Zuschläge erheben könnten. Die Initiative der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz fordert nicht nur eine Vereinheitlichung der Steuervorschriften, sondern auch eine Angleichung der Steuerbelastungen, wobei die Tarifgestaltung zudem der Einkommens- und Vermögensumverteilung dienen soll. Vereinzelt wird auch der Ruf laut nach einer zentralisierten Steuerhoheit im Bund mit einheitlicher Steuerbelastung in der ganzen Schweiz, da nur auf diesem Wege die Steuergerechtigkeit erreicht und die Steuern als wirksames Instrument zur Verwirklichung gesellschaftspolitischer Ziele verwendet werden könnten (Prof. Walter Wittmann, «Stossende Unterschiede

beseitigen», «Tages-Anzeiger» vom 31. Mai 1975, Seite 45).

Steuerpolitik im Föderalismus

Angesichts dieser Vielfalt von Wünschen und Vorstellungen drängen sich einige grundsätzliche Überlegungen auf. Die föderalistische Struktur der Schweiz trägt der kulturellen, sprachlichen, konfessionellen und sozialen Vielgestaltigkeit unserer Bevölkerung wie auch den unterschiedlichen wirtschaftlichen Bedürfnissen der einzelnen Regionen am besten Rechnung. Dank ihr und einer sinnvollen Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen hat unser Land die sich stellenden Probleme bis heute lösen können. Ich bin deshalb der Überzeugung, dass die Erhaltung und Fortentwicklung eines gesunden Föderalismus allen kollidierenden fiskalpolitischen Wünschen vorzugehen hat.

Ein Bundesstaat kommt nicht darum herum, gleich wie die Aufgaben auch die Steuerhoheit zwischen dem Zentralstaat und den Gliedstaaten aufzuteilen. Die Steuerhoheit ist das notwendige Gegenstück zu den Sachkompetenzen. Erst die Möglichkeit, in eigener Verantwortung zu entscheiden, wieviel Geld für die Erfüllung der staatlichen Aufgaben ausgegeben werden soll, verschafft einem Gemeinwesen die Souveränität in seinem Aufgabenbereich. Frei ausgeben kann aber nur der, der auch seine Einnahmen frei zu bestimmen vermag. Es kommt deshalb nicht von ungefähr, dass der verstorbene Ordinarius für Staats- und Verwaltungsrecht der Universität Zürich, Professor Giacometti, die finanziellen Souveränitätsrechte als das Fundament der politischen Existenz jedes Gemeinwesens bezeichnet hat. Die Preisgabe der kantonalen Steuerhoheit ist deshalb nicht mit anderen Kompetenzübertragungen an den Bund zu vergleichen; sie würde einem grundsätzlichen Verzicht auf die föderalistische Struktur gleichkommen. Der Bundesstaat würde de facto zum Einheitsstaat. Die den Kantonen verbleibenden Sachkompetenzen würden zu blossen Vollzugskompetenzen ausgehöhlt, da die Entscheidungsgewalt über die Höhe der den Kantonen zukommenden Mittel für die Bewältigung ihrer Aufgaben dem Bund als Träger der Steuerhoheit zustehen würde. Gerade diese Folgen sind untrennbar mit all jenen Vereinheitlichungsvorschlägen verknüpft, die darauf abzielen, die Steuern in der ganzen Schweiz nach einem einheitlichen Tarif und Steuerfuss zu erheben, denn damit wäre die Gesamthöhe des den Kantonen und Gemeinden zur Verfügung stehenden Steueraufkommens bereits endgültig festgelegt. An dieser Tatsache vermöchte auch ein noch so gut ausgebauter Finanzausgleich nicht viel zu ändern. Diese radikalen Vorschläge bedeuten deshalb nichts anderes als den völligen Verzicht auf die kantonale Steuerhoheit und damit auf die föderalistische Grundstruktur unseres Landes, weshalb sie aufs entschiedenste abzulehnen sind.

Steuern und Steuerzwecke

Steuern sind primär dazu da, dem Staat die Mittel zur Bewältigung seiner Aufgaben zu beschaffen. In der Steuerpolitik tritt dieser eigentliche Steuerzweck jedoch gegenüber den ausserfiskalischen Zielsetzungen gelegentlich in den Hintergrund. So fördert beispielsweise der Staat das Sparen, indem er in den

Steuergesetzen dafür Abzüge vom Einkommen zulässt. Er privilegiert die AHV-Renten, indem er sowohl einerseits die AHV-Beiträge vollumfänglich vom steuerbaren Einkommen abziehen lässt, als auch andererseits nur 80% der Renten als Einkommen erfasst. Auch die Sozialdemokraten verfolgen mit den umstrittenen Reichtumssteuerinitiativen ausserfiskalische Ziele. Sie wollen damit eine Umverteilung von Einkommen und Vermögen herbeiführen. Die Zweckentfremdung der Steuergesetzgebung ist an sich schon problematisch. Denn die Erfahrungen zeigen, dass in der Regel das Steuerrecht zur Erreichung fiskalfremder Zwecke nicht geeignet ist. Die Gründe sind im wesentlichen die folgenden:

— Die ausserfiskalische Zielsetzung kann vielfach mit dem Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, mit andern Worten mit der Steuergerechtigkeit, nicht in Einklang gebracht werden;
— die ausserfiskalische Zielsetzung kann in der Regel mit der Steuergesetzgebung nicht verwirklicht werden;
— die Belastung der Steuergesetzgebung mit ausserfiskalischen Zielsetzungen erschwert deren Anwendung.

Hier interessieren allerdings nur die Folgen der wachsenden Tendenz, ausserfiskalische Aufgaben mit der Steuererhebung zu lösen, im Hinblick auf die Steuerharmonisierung. Alle zentralistischen Vorschläge mit einem einheitlichen Bundeseinkommenssteuergesetz und -tarif würden automatisch auch die heute von den Kantonen unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse im Kanton differenziert in ihren Steuergesetzen verankerten ausserfiskalischen Zielsetzungen der Steuerpolitik auf Bundesebene zentralisieren. Damit würde nicht nur die Steuerhoheit, sondern auf kaltem Wege eine weitere, in ihren Auswirkungen völlig unüberschaubare Sachkompetenz auf den Bund übertragen.

Zentralisierung und Harmonisierung

Jeder, der die staatspolitischen und staatsrechtlichen Gegebenheiten überblickt und sie auch aus historischer Sicht zu werten versteht, muss deshalb alle diejenigen radikalen Steuerharmonisierungsvorschläge, die ein zentrales Einkommenssteuergesetz, einen gesamtschweizerischen Steuertarif oder eine einheitliche Steuerbelastung verlangen, wegen ihrer unakzeptablen staatspolitischen Nebenwirkungen ablehnen. Nur wer diese Zusammenhänge nicht kennt und wem das Verständnis für die Grundlagen unseres Staatswesens abgeht, kann eine Zentralisierung der Steuerhoheit beim Bund fordern.

Nicht alle Abstriche an der kantonalen Steuerhoheit bewirken einen gleich schweren Substanzverlust an kantonaler Selbständigkeit wie die Eingriffe in die Tarifhoheit und die Zentralisierung der Gesetzgebung auf Bundesebene. Wenn durch die Harmonisierung beispielsweise die kantonale Autonomie bei den Bewertungsgrundsätzen für Liegenschaften, der Besteuerungsmodalität von Gratisaktien oder der steuerlichen Behandlung von Alimenten verlorengeht, so liegt darin noch kein schwerwiegender Eingriff in die kantonalen Souveränitätsrechte. Unter diesem Gesichtspunkt erscheint die Harmonisierung der Grundsätze über die subjektive

Steuerpflicht, das Steuerobjekt, die zeitliche Bemessung und das Steuerstrafrecht als vertretbar und sinnvoll. Sie würde die Einschätzung aller Steuerpflichtigen in der ganzen Schweiz nach denselben Grundsätzen und damit zuverlässige Unterlagen für die Gestaltung des Finanzausgleichs ermöglichen. Die eingangs erwähnten Postulate nach Rationalisierung könnten erfüllt werden, ohne die kantonale Selbständigkeit illusorisch zu machen. Es wird aber darauf geachtet werden müssen, dass die Vereinheitlichung nicht über das hinausgeht, was für die Erreichung dieser Ziele notwendig ist. So ist es zum Beispiel weder notwendig noch sinnvoll, das Steuerverfahrensrecht zu vereinheitlichen. Auch bei dem bundesrechtlich kodifizierten Zivil- und Strafrecht verbleibt die Regelung des Prozessrechtes den Kantonen. Diese bewährte Lösung sollte auch für das organisch im kantonalen Verwaltungsrecht eingebaute Steuerverfahrensrecht beibehalten werden.

Gesamthaft gesehen, erscheinen die von den kantonalen Finanzdirektoren entwickelten Grundsätze zur Steuerharmonisierung als der einzig gangbare Weg. Dessen Beschreitung ist nicht ohne Preisgabe kantonaler Hoheitsrechte möglich. Es kann nicht wegdiskutiert werden, dass mit einer bundesrechtlich vorgeschriebenen Steuerharmonisierung die in den Kantonen bestehenden Formen demokratischer Rechtsetzung zugunsten des Bundes geändert werden müssten. Der Abschluss vertraglicher Vereinbarungen unter den Kantonen (Konkordatslösung) hätte meines Erachtens der föderalistischen Ordnung besser entsprochen und die kantonalen Souveränitätsrechte weniger tangiert. Vielleicht wird als erster Schritt auf diese, von der Finanzdirektorenkonferenz geprüfte und bedauerlicherweise fallengelassene Lösung zurückgegriffen werden müssen.

Für eine grundlegende Strukturreform

Schliesslich ist noch auf folgendes hinzuweisen: Die Steuerharmonisierung darf nicht isoliert von den übrigen Finanzstrukturproblemen unseres Landes betrachtet werden. Schon von ihrer Zielsetzung her ist sie eng mit einer Neugestaltung des Finanzausgleichs gekoppelt. Die geplante Einführung der Mehrwertsteuer bietet Gelegenheit, die Steuerharmonisierung mit einer umfassenden Finanzstrukturreform zu verbinden. Dabei sollte darauf hingezielt werden, die unheilvolle Konkurrenz zwischen den Kantonen und dem Bund auf dem Gebiet der direkten Steuern abzuschaffen und der Maxime, dass den Kantonen allein die direkten, dem Bund allein die indirekten Steuern «gehören», zum Durchbruch zu verhelfen. Die Abschaffung der direkten Bundessteuer (Wehrsteuer) würde sowohl für den Steuerpflichtigen als auch für die kantonalen Steuerbehörden, die heute Bundessteuer und kantonale Steuern zu veranlagen haben, eine wesentliche Vereinfachung bedeuten. Es würde vor allem auch das den Kantonen zur Verfügung stehende Steuersubstrat erheblich zunehmen und damit das Problem des interkantonalen Finanzausgleichs entschärft und viele Kantone in die Lage versetzt, ihre Aufgaben auch ohne Bundessubventionen zu lösen. Vor allem infolge des Zollabbaus ist in der Schweiz der Anteil der indirekten Steuern am gesamten Steueraufkommen in den letzten zehn Jahren von rund 40% auf rund

30% gesunken, wobei zu beachten ist, dass im internationalen Vergleich schon ein 40prozentiger Anteil als ausgesprochen niedrig bezeichnet werden muss, beziehen doch alle unsere Nachbarstaaten über 55% ihrer Einnahmen aus indirekten Steuern. Selbst wenn man sich darauf beschränken würde, die Verhältnisse vor Beginn des Zollabbaus wiederherzustellen, so würden die dem Bund zustehenden indirekten Steuern einen Betrag erreichen, der den Ausfall durch die Abschaffung der Wehrsteuer mehr als auszugleichen vermöchte.

Eine Steuerharmonisierung in diesem Rahmen würde einen echten Fortschritt bedeuten, nicht nur für die vom Gesetzesdschungel geplagten Bürger und die überforderten Steuerbehörden, sondern auch für das Verhältnis unter den Kantonen und einen zeitgemässen Föderalismus. Sie kann verwirklicht werden, wenn es gelingt, die hier angetönten wesentlichen Grundsätze nicht aus den Augen zu verlieren.

Albert Mossdorf

SCHMERZLOSE GEBURT FÜR DIE EUROPÄISCHE UNION?

Geht es nach dem belgischen Premierminister *Tindemans*, so kann sich die Europäische Gemeinschaft (EG) zu einer «Europäischen Union» durchmausern, die diesen Namen verdient – ohne dass den Mitgliedern der Sprung in eine supranationale Neugründung zugemutet wird. In seinem Bericht an die andern EG-Regierungschefs über die Europäische Union hat Tindemans darauf verzichtet, eine föderalistische Verfassung zu skizzieren, wie dies EG-Kommission und -Parlament getan hatten (siehe «Schweizer Monatshefte», September 1975). Er hält es für realistischer, den «qualitativen Wandel» zur Union in der Summe von konkreten innen- und aussenpolitischen Massnahmen zu sehen, die nach seiner Meinung mit einer Stärkung der bestehenden EG-Organe zu erreichen sind. Erste Anzeichen dafür, ob tatsächlich Aussichten auf einen solchen Wandel bestehen, werden von der Tagung des «Europäischen Rates» am 1. und 2. April in Luxemburg erwartet. Mit einem ersten Meinungsaustausch über den Tindemans-Bericht werden sich die EG-Regierungschefs an die Ausarbeitung von Grundsätzen gemeinsamer Politik heranmachen, die nach Tindemans die eigentliche Aufgabe des seit dem Pariser Gipfel von Ende 1974 mindestens dreimal jährlich tagenden Europäischen Rates ist.

Letztes Jahr waren die Regierungschefs weitgehend von der «britischen Frage» in Anspruch genommen: im März schafften sie in Dublin mit dem Abschluss der «Neuverhandlungen» die Ausgangslage für den positiven Volksentscheid der Briten, und im Dezember handelten sie in Rom die Formel aus, mit der Grossbritannien in die EG-Vertretung beim Pariser Nord-Süd-Dialog eingegliedert wurde. Im Juli bemühte sich der Europäische Rat in Brüssel um wirtschaftspolitische Koordination – aber es war die wachsende Arbeitslosigkeit und nicht die Gemeinschaftsdisziplin, welche überall zu (nationalen) Versuchen führte, Wirtschafts-

belebung und Inflationsbekämpfung zu verbinden, statt den EG-Partnern das eine oder das andere zu predigen. Im Nord-Süd-Dialog spricht die EG mit einer einigermassen ungetrübten Stimme – aber sie hat nicht in allen Fragen viel Gemeinsames zu sagen. Bei Entwicklung und Rohstoffen kann sie sich auf das Beispiel der Konvention von Lomé berufen, die sie letztes Jahr mit 46 Ländern der Dritten Welt geschlossen hat. In Finanzfragen aber tritt die EG nicht als Einheit auf: Sie laboriert immer noch an der bescheidenen Gemeinschaftsanleihe bei Erdölländern herum, die sie schon 1974 grundsätzlich beschlossen hat. Beim westlichen Währungsgipfel von Rambouillet im November 1974 sprach nicht die EG, sondern ein Teil ihrer Mitglieder. Energiepolitisch schliesslich hat die EG bis jetzt die Chance nicht genutzt, die der Importrückgang infolge Rezession bietet. Für eine dauerhafte Verringerung ihrer Abhängigkeit hat die EG zwar Ziele gesetzt, aber keine Instrumente geschaffen. Die EG ist jetzt zum internen Nachvollzug dessen verdammt, was die Internationale Energieagentur (ohne Frankreich) beschliesst. Die Einigung, die die EG-Regierungschefs in Rom über die Solidarität in Krisenfällen und den Schutz alternativer Energiequellen (etwa durch einen Mindestpreis) erzielten, ist reichlich vage.

«... *ausser man tut es*»

Bei den Gesprächen, die Tindemans im Hinblick auf seinen Bericht mit Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in allen EG-Ländern führte, stiess er häufig auf die Ansicht, die krisengeplagte EG sei nicht zur Union fähig – aber es gebe für die Mitgliedländer dennoch keinen andern Ausweg aus der Krise als den europäischen. «Es gibt nichts Gutes – ausser man tut es», scheint Tindemans seinen Regierungschef-Kollegen zuzurufen: sie sollen durch konkrete Politik den Vorwurf widerlegen, es fehle ihnen an politischem Willen. Es ist laut Tindemans nicht etwa die Stärke, sondern gerade die Schwäche der nationalen Regierungen, die die europäische Einigung behindert.

In der Aussenpolitik soll nun die bisherige Trennung zwischen vorwiegend handelspolitischer EG-Zuständigkeit und unverbindlicher «politischer Zusammenarbeit» in anderen Fragen aufgehoben werden. Die (werdende) Union soll sich mit allen Fragen der Aussenpolitik befassen, vorrangig mit der «neuen Weltwirtschaftsordnung», den Beziehungen zu den USA, der Sicherheitspolitik und den Krisen in der Nachbarschaft der EG. Für Tindemans sind europäische und atlantische Zusammenarbeit nicht Gegensätze, sondern bedingen sich gegenseitig – «aber es ist zweifelhaft, dass die europäischen Staaten zu einer völlig identischen Beurteilung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa gelangen, solange ihre Analyse des Verteidigungsproblems zu entscheidend abweichenden Ergebnissen führt». Ohne gemeinsame Verteidigungspolitik bleibt die Europäische Union «unvollendet» – doch fürs erste wird sie sich mit Meinungsaustausch und Rüstungszusammenarbeit begnügen müssen. Das Verhältnis von europäischer zu atlantischer Verteidigung ist nicht nur für die Aussenpolitik der «plat de résistance», sondern für die europäische Einigung überhaupt. Das gilt zumindest für die Franzosen, wie ihre – weiter unten beschriebene – Auseinandersetzung über

die geplante Direktwahl des EG-Parlamentes wieder zeigt.

Im Innern ist für Tindemans die Wirtschafts- und Währungsunion «eine Grundvoraussetzung für das Zustandekommen der Europäischen Union». Der Bericht fügt den gescheiterten Stufenplänen keinen neuen hinzu, sondern übernimmt einen andern, von Willy Brandt in die Diskussion gebrachten Lösungsansatz. Die EG-Länder, die der Währungsschlange angehören, sollen nicht auf die Rückkehr Italiens, Grossbritanniens und Irlands warten, sondern sofort mit einer engeren Verbindung der allgemeinen Wirtschaftspolitik beginnen. Die Nachzügler würden an der Beschlussfassung beteiligt und erhielten Hilfe beim Aufholen. Dieser Vorschlag ist von europäischen Dogmatikern ebenso kritisiert worden wie vom Pragmatiker Callaghan. Der britische Aussenminister hat vor einer Vertiefung der bestehenden Kluft gewarnt und befürchtet wohl, dass ohne die Briten Fortschritte gemacht würden, die diese gar nicht nachzuholen wünschten. Nach Tindemans braucht die Wirtschaftsunion gemeinsame Politik vor allem auf den Gebieten Industrie, Landwirtschaft, Energie und Forschung. Das auf diese Weise sichergestellte Wirtschaftswachstum soll durch Regional- und Sozialpolitik auf «tatkräftige Solidarität, menschliche Werte und soziale Zielsetzungen» ausgerichtet werden. Die Europäische Union soll für den einzelnen Bürger greifbar sein, seine Grundrechte und seine Umwelt schützen und ihm volle Freizügigkeit sichern (wie er sie in der EG nur in seiner Eigenschaft als Arbeitnehmer geniesst und wie sie gemäss Regierungschef-Beschluss durch einen gemeinsamen Pass symbolisiert werden soll). Dass die Vorstellungen des Christlichsozialen Tindemans über die «moderne Gesellschaft» von den kürzlich in Helsingör versammelten Sozialistenführern als ungenügend taxiert worden sind, überrascht nicht.

Supranationalität durch die Hintertür

Auch Kommission und Parlament forderten in ihren Berichten zur Europäischen Union, dass zunächst mit konkreter Sachpolitik eine glaubwürdige Grundlage geschaffen werde. Die Union selber aber wurde als bundesstaatliche Umformung der institutionellen EG-Struktur dargestellt: die Befugnisse, die die Union erhielte, würden von einer europäischen Regierung ausgeübt, die einem europäischen Parlament verantwortlich wäre, bestehend aus Volks- und Staatenvertretung. Auch für Tindemans kann «Europa nur dann wirklich etwas bedeuten, wenn es einen föderalistischen Weg einschlägt» – aber er versucht, den alten Streit um die «Supranationalität» der Gemeinschaftsorgane zu vermeiden. Er glaubt, die bestehenden Institutionen seien – mit einigen Anpassungen der Gründungsverträge – soweit verbesserungsfähig, dass sie das geschilderte Sachprogramm durchführen könnten. Freilich zielen die Verbesserungen genau darauf ab, die Ansätze zur Supranationalität in der EG wieder freizulegen und auszubauen. Was fehlt, zeigt Tindemans am Beispiel der Wirtschafts- und der Aussenpolitik: «Es gibt heute keine echte politische Übereinstimmung, um gemeinsame Wirtschafts- und Währungspolitik zustande zu bringen, sicher weil nicht genug gegenseitiges Vertrauen vorhanden ist, um den gemeinsamen Verwaltungsorganen die Befugnisse zu übertragen, die ihnen notwendigerweise verliehen werden müs-

sen.» – «Der entscheidende Unterschied zwischen der Koordinierung der Politiken, wie sie gegenwärtig gehandhabt wird, und der gemeinsamen Aussenpolitik, die die Union kennzeichnet, ist nicht so sehr eine Frage des Verfahrens oder des zuständigen Organs. Er liegt vielmehr in der Verpflichtung, sich auf einen gemeinsamen Standpunkt zu einigen ... Das setzt natürlich voraus, dass sich die Minderheit nach Abschluss der Beratungen der Mehrheit anschliesst.»

Die Organisationsstruktur der Gründungsverträge lässt Tindemans unangetastet: die Kommission schlägt vor, das Parlament berät, der Ministerrat beschliesst, Kommission und Mitgliedstaaten führen aus. Der Sündenfall von 1966, den de Gaulle erzwang, soll jedoch überwunden werden. Seit der damaligen Krise nimmt die Kommission schon bei ihren Vorschlägen weitgehend Rücksicht auf die Regierungen, und sie erhält nur beschränkte Ausführungsbefugnisse. Der Ministerrat entscheidet kaum mehr mit Mehrheitsabstimmungen: Frankreich beanspruchte ein Vetorecht für alle «sehr wichtigen Fragen», die andern Mitglieder protestierten zunächst, liessen dann aber auch selber die Einstimmigkeit zur Erfordernis in fast allen Dingen werden. Allerdings wären Abstimmungen vertraglich ohnehin nur für Ausführungsbeschlüsse vorgesehen, nicht für fundamentale Rechtsetzung. Ende 1974 beschlossen die Regierungschefs, auf die Praxis der Einstimmigkeit für einzelne (nicht näher bezeichnete) Fragen zu verzichten, doch hat sich seither im Ministerrat wenig geändert. Tindemans schlägt nun vor, Mehrheitsentscheidungen zur Regel werden zu lassen – nicht nur dort, wo sie vertraglich vorgesehen sind, und sogar über das von den Verträgen erfasste Gebiet hinaus. Diese Idee ist vor allem in Grossbritannien und Dänemark auf Ablehnung gestossen, weil dort das Vetorecht eine wichtige Voraussetzung für den Beitritt war.

Ob auch bei der «allgemeinen kohärenten Orientierung» der Unionspolitik im Europäischen Rat mit Mehrheit entschieden werden soll, sagt Tindemans nicht. Es läge in der Logik seiner Überlegungen, lässt sich aber nur schwer vorstellen. In einer Studie über den Europäischen Rat kritisiert der Ständige Vertreter Luxemburgs in Brüssel, Jean Dondelinger, die Gefährdung eben jener Elemente der Supranationalität, die nach seiner Meinung die Originalität der EG-Verträge ausmachen: Mehrheitsentscheidungen, exklusives Vorschlagsrecht der Kommission, Mitwirkung des Parlamentes.

Gestärkte Organe – miteinander oder gegeneinander?

Unter diesen Elementen scheint für Tindemans die Mehrheitsentscheidung dasjenige zu sein, das für die Verwirklichung europäischer Politik die grösste Bedeutung hat. Ein Organ von Regierungsvertretern kann tatsächlich nur unter dieser Voraussetzung funktionieren, besonders wenn sich die Union noch erweitert (morgen um Griechenland, übermorgen um Spanien und vielleicht Portugal, die Türkei oder ... die Schweiz). Aber ist es tatsächlich so realistisch, von den nationalen Regierungen eine ständige Bereitschaft zu erwarten, sich überstimmen zu lassen? Schwerer zu kreieren, aber leichter am Leben zu erhalten wäre eine Union, in der die Mitglieder ein für allemal bestimmte Befugnisse an eine europäische Regierung abtreten würden.

Nach Tindemans soll wenigstens die EG-Kommission vermehrte Ausführungsbefugnisse erhalten – auch das ein Beschluss des Pariser Gipfels von 1974, der bisher nicht verwirklicht wurde, da es in der EG kaum Neues auszuführen gab. Um der Kommission «eine grössere Autorität und Kohäsion zu verleihen», schlägt Tindemans ein neues Ernennungsverfahren vor. Bisher beriefen die Regierungen «im gegenseitigen Einvernehmen» die Kommissare – in der Praxis hiess das, dass jede Hauptstadt die Männer ihrer Wahl nach Brüssel schickte. Für die Präsidentschaft war bisher jedes Altmitglied ausser Luxemburg einmal «an der Reihe» – ohne das Neuverhandlungs-Zwischenspiel hätte wohl ein Brite den immer noch amtierenden französischen Gaullisten Ortoli abgelöst. Tindemans will nun das Durchsetzungsvermögen des Präsidenten erhöhen, der vom Europäischen Rat ernannt werden soll (was laut Dondelinger seine Abhängigkeit verstärken würde). Der Präsident würde dann nach einer Programmerklärung vom Parlament bestätigt (das schon heute das theoretische Recht hat, die Kommission abzusetzen). Schliesslich würde der Präsident die Mitglieder der Kommission nach einem Nationenschlüssel selber auswählen.

Das Parlament der Union würde direkt vom Volk gewählt. Schon das EG-Parlament hätte vertragsgemäss nur in einer Anfangsphase von den nationalen Parlamenten bestellt werden sollen, doch blieb die Volkswahl am gaullistischen Widerstand hängen. Die Regierungschefs haben nun die erste direkte Wahl auf 1978 angesetzt, wobei für Grossbritannien und Dänemark eine Verspätung möglich ist. Die Direktwahl wird laut Tindemans dem Parlament «eine neue politische Autorität verleihen und die demokratische Legitimität des gesamten europäischen institutionellen Rahmens verstärken». Die neue Autorität wird «zur wachsenden Ausübung einer legislativen Funktion führen», über die bisherige, nur beratende (und beim Budget mitentscheidende) Rolle des Parlamentes hinaus. Tindemans schlägt vor, ihm ein Initiativrecht einzuräumen (wie es bisher der Kommission vorbehalten war); das Parlament soll auch über die Zuständigkeiten der Union beraten können, die nicht unter die EG-Verträge fallen.

Für die Entwicklung der Union rechnet Tindemans mit der Eigendynamik der gestärkten Organe, namentlich des Parlamentes. Er glaubt nicht, dass es zwischen den Organen zu einem Kompetenzkonflikt kommt – es gehe ja darum, die EG-Maschinerie so zum Laufen zu bringen, wie es die Gründungsverträge vorsähen. Vorderhand können tatsächlich alle Teile dieser Maschinerie Verstärkung brauchen, aber wenn das Parlament einmal echte legislative Funktionen erhält, so wird zwangsläufig die Vollmacht des Ministerrates beschränkt. Die Direktwahl könnte somit der Auftakt zu einem Verfassungskampf sein – wenn es noch stimmt, dass ein Volksauftrag Macht verleiht.

Parlamentswahl als Prüfstein

Genau darauf hofft ein Teil der Befürworter der Parlamentswahl, während ein anderer Teil die Gegner zu beschwichtigen versucht, es drohe keinerlei supranationale Gefahr. In Grossbritannien werden das die geschlagenen Beitrittsgegner nicht glauben und die drohende Parlamentswahl mit dem Argu-

ment bekämpfen, sie hätten eben doch recht gehabt. Die Regierung Wilson will ein neues taktisches Meisterstück liefern (ohne Referendum) und kann deshalb noch nicht versprechen, dass das Wahlgesetz in Grossbritannien bis 1978 bereit sein wird. Auch das gewählte EG-Parlament soll nach britischer Auffassung jenes von Westminster nicht in den Schatten stellen. Aussenminister Callaghan beteuert, kein Föderalist zu sein: «Jeder überstürzte Versuch, das Gefühl nationaler Identität zugunsten einer europäischen Identität abzuschaffen, könnte sehr wohl alle Dämonen des Nationalismus wiedererwecken.» Um eine solche Abschaffung geht es ja beim Föderalismus gar nicht – was die Engländer vielleicht besser verstehen werden, wenn sie durch rechtzeitige Anerkennung der schottischen und walisischen Identität die britische vor dem Zerfall retten können.

Immerhin: die Perspektive einer EG-Parlamentswahl hat in Frankreich die Dämonen des Nationalismus aufgeschreckt. Altgaullist Michel Debré und einige Getreue sehen das EG-Parlament Frankreichs Substanz angreifen: im Innern durch regionale Wahlkreise (jedes EG-Land kann freilich für die ersten Wahlen das Verfahren selber bestimmen) und nach aussen dadurch, dass es ein «atlantisches» statt ein «europäisches Europa» schaffen würde. Andere Gaullisten betreiben nur eine Verzögerungstaktik oder akzeptieren unter Chiracs Fuchtel Giscards Entscheid für die EG-Wahlen. Stramm «gaullistisch» opponieren die Kommunisten. Das bringt ihre sozialistischen Programmpartner in Verlegenheit, die für die Wahlen eintreten, sich aber nicht in ein Giscardsches Spaltungsmanöver einspannen lassen wollen. Mitterrand verwahrte sich auch dagegen, dass man den Sozialisten unterschiebe, mit der Parlamentswahl unterstützten sie zugleich «den Tindemans-Bericht und die Weissagungen über eine europäische Armee».

Die Reaktionen, die Tindemans trotz seiner Vorsicht supranationale Hintergedanken vorwerfen, werden ihm eher gerecht als jene der enttäuschten «Berufseuropäer». Dass Tindemans den Vorschlag eines schneller zur Wirtschafts- und Währungsunion vorstossenden EG-Kerns und einige andere aus Bonn stammende Ideen übernommen hat und dafür dort mit Beifall bedacht wurde, hat ihm beinahe den Vorwurf des Verrats an der europäischen Idee eingetragen. Emanuele Gazzo, Doyen der Brüsseler Journalisten, schrieb in seinem Informationsbulletin «Europe», Tindemans habe sich auf das beschränkt, was die Kanzleien – insbesondere die Bonner – zuzugestehen bereit seien, und er habe sein eigenes föderalistisches Bekenntnis in seinem Bericht nicht verwirklicht, obwohl er selber festgestellt habe, dass die öffentliche Meinung «Europa wolle». Für Tindemans ist eben die Europäische Union nicht «Europa», sondern nur ein Schritt dazu – heute schon eine Endvorstellung zu präsentieren, wäre nach seiner Meinung nicht glaubwürdig. Dass er sich nicht zu den Propheten gesellen wollte, sollten ihm diese nicht übelnehmen – doch sollten sie es sich auch nicht verdriessen lassen, in kühnen Entwürfen und Appellen «Europa zu machen». Dazu bot anfangs Februar in Brüssel ein grosser Kongress der «Europäischen Bewegung» Gelegenheit. Aber nur Altiero Spinelli, Mitglied der EG-Kommission, trieb dabei die föderalistische Begeisterung so weit, den Tindemans-Bericht als «verpasste Chance» abzutun. Im

allgemeinen wurden die Vorschläge des belgischen Premiers als brauchbarer erster Schritt gewertet, dem das gewählte Parlament dann weitere anfügen könne. Laut Willy Brandt – der seine Kandidatur als Abgeordneter ankündigte – wird sich das Parlament «als permanente Konstituante Europas verstehen müssen».

Daniel Goldstein

ÄRGERNIS PASOLINI

Seit in einer Vorstadt Roms ein Strichjunge den Dichter Pier Paolo Pasolini bestialisch totgeschlagen hat und die meisten Intellektuellen der Linken darin ein getarntes politisches Verbrechen sehen wollen, aber auch seit mittlerweile der von de Sades Hauptwerk «Die hundertzwanzig Tage von Sodom» inspirierte letzte Film Pasolinis diskutiert bzw. zum Objekt von Zensurmassnahmen wird, ist vom Dichter und Filmmacher fast nur in Beziehung auf Schreckliches und Skabröses die Rede gewesen. Mindestens in Italien dürfte sich das nunmehr ändern, sind doch in diesen Wochen mehrere Bücher Pasolinis erschienen, teils neue Werke, teils Neuauflagen, die Anlass bieten, sich mit dem Dichter und Essayisten Pasolini zu befassen. Bei Einaudi erschien ein schmaler Prosaband *La Divina Mimesis*, in Anklang an die «Göttliche Komödie» auf neue Laster und Sünden der spätkapitalistischen Gesellschaft in der Nachfolge des «Inferno» konzentriert. Drei Gedichtbände erschienen bei Garzanti, darunter die italienischen Gedichte in einem stattlichen Band von 700 Seiten, ferner als schmales broschiertes Buch drei berühmt gewordene Gedichtgruppen: «Gramscis Asche», «Die Religion meiner Zeit», «Poesie in Rosenform» und – am bedeutendsten – *La Nuova Gioventù*, in der Hauptsache Gedichte in der Mundart des Friaul, aber auch – in den späteren Gedichten von 1974 – mit Hochitalienisch untermischt. Ebenfalls bei Garzanti erschienen gesammelte Aufsätze *Scritti Corsari* (Korsarenschriften) mit dem Untertitel: «Die am meisten diskutierten Stellungnahmen eines provozierenden Zeugen.»

Bewundernswert sind die *Mundartgedichte*. Das «Furlano» war nicht Pasolinis Muttersprache, sondern die Sprache seiner Mutter. Er selber hat sie erst erlernt, und zwar in verschiedenen örtlichen Varianten, nachdem die Familie im Krieg Bologna verliess und sich ins Dorf Casarsa in der Nähe von Udine zurückzog. Ebenso wie später in seinen Romanen die Redeweise des römischen Unterproletariats, galt für Pasolini die Sprache des Friaul, die dem Provenzalischen verwandt wirkt, auch venezianische Anklänge hat, als ein Stück Authentizität, als Bereicherung einer zu blassen und abstrakten Hochsprache. Das Friaulanische war zugleich ein Bekenntnis zur Mutter, deren anderer Sohn im Partisanenkampf umgekommen war und bei der Pier Paolo Pasolini bis zu seinem Tod gelebt hat. Doch gilt der Dialekt Pasolinis auch als ein Protest gegenüber dem Verlust der Vergangenheit, gegenüber der Entwurzelung.

In der *Aufsatzsammlung*, die der Autor noch selber vorbereitet und eingeleitet hat, wurden zum Glück die vielen Artikel nicht aufgenommen, die Pasolini im vergangenen Jahr im «Corriere della Sera» veröffentlicht hat und in

denen er einen spektakulären Volksprozess gegen die christlichen Demokraten forderte; sie seien nicht nur wegen ihrer Korruption, sondern vor allem wegen der Einführung einer entseelenden Konsumgesellschaft zur Rechenschaft zu ziehen.

Auch in anderen Aufsätzen Pasolinis finden sich provozierende Sonderbarkeiten in einer Mischung von Konsequenz und Inkonsequenz, aber doch – anders als in jener Zeitungskampagne – zumeist mit irgendeiner Einsicht verbunden, nicht in einem Freund-Feind-Schema verfangen. Pasolini trauerte dem früheren archaischen Italien nach, das er wie ein franziskanisches Idyll schilderte. Es ist eine Nostalgie, die heute viele Italiener, die es nicht so schreiben würden – etwa Alberto Moravia – ebenfalls empfinden. Pasolini hasste die Entwicklung, die ihm eine Fehlentwicklung schien, obschon er ihr kein anderes Modell entgegenstellte. Er war Jean-Jacques Rousseau näher als Karl Marx, auch wenn er sich selber als Marxisten bezeichnen mochte und von einer neuen Generation von Kommunisten das Heil erhoffte, während er zugleich die kommunistischen Theorien verspottete und die ideologische Orthodoxie angriff. Pasolini zweifelte zugleich am Sinn der Geschichte wie am eigenen Engagement, das immer hektischer wurde, und das er dennoch ein Spiel nannte. Er spürte vor allem die Quellen seiner dichterischen Eingebung versiegen und klagte, in diesem sich selbst entfremdeten, durch den Fortschritt verwüsteten Italien bilde jeder Schriftsteller eine Sprachinsel für sich.

Stets bekannte sich Pasolini zu religiösen Empfindungen in einem frühchristlichen Sinn. Nicht von ungefähr hat ein katholisches italienisches Institut seinen skabrösen Film «Teorema» mit einem Preis bedacht. Pasolini war eher ein Verzweifelter als ein Heide. Leider lassen sich allzuviele späte Gedichte Pasolinis nicht ganz ohne Substanzverlust übersetzen, denn sie sind nichts anderes als in Verse unterteilte Prosa, gehören zu seiner Publizistik. In einem Gedicht des Zyklus «Düsterer Enthusiasmus» von 1974 lässt Pasolini die orthodoxen Marxisten ihn und seinesgleichen verdammen und macht sie mit ihrem Urteil, das er an ihrer Stelle ausspricht, lächerlich. Er beginnt folgendermassen:

Man muss jene streng verurteilen, die
an die guten Gefühle und an die Unschuld
glauben.
Man muss denjenigen ebenso streng
verurteilen, der
das Unterproletariat liebt, dem
das Klassenbewusstsein fehlt.
Man muss denjenigen mit äusserster
Strenge verurteilen,
der die dunklen skandalösen Gefühle
in sich hört und sie ausdrückt.
Die Worte der Verurteilung haben
im Herzen der fünfziger Jahre
begonnen laut zu werden und erklingen
noch immer.
Inzwischen hat die Unschuld, die
es tatsächlich gab, begonnen,
sich in Korruption, Verleugnung und
Neurosen
zu verlieren.
Inzwischen ist das Unterproletariat,
das es tatsächlich gab,
zur Reserve des Kleinbürgertums
geworden.

Es folgen neun weitere Strophen, wenn man das so nennen will. Doch kommt es hier nur auf die Aussage an. Pasolini sah im Unterproletariat ein Stück Volk, die organisierten Arbeiter galten ihm schon als Komplizen des neuen Kon-

sumkapitalismus, in dem es keine Gemeinschaft mehr gibt. Er nannte den «consumismo» einen neuen Faschismus, der viel schlimmer sei als der alte, weil er Millionen Italiener verflache und demoralisiere, während der frühere Faschismus nur ein Firnis gewesen sei, der das Volk niemals in seiner Tiefe erreicht und verdorben habe.

Manche früheren Provokationen Pasolinis hatten bereits schockiert, aber auch Diskussionen ausgelöst. So hatte er 1968 in einer Zeit revolutionärer Studentenunruhen in einem langen Gedicht geschrieben, er selber sei mit ganzem Herzen auf der Seite der Polizisten, denn die seien Söhne des Volkes im Gegensatz zu den verwöhnten Bürgersöhnen, die jetzt Revolution spielten. Noch in den letzten Monaten seines Lebens hat Pasolini Polemiken mit seinen Freunden geführt, mit Moravia, mit dem er gemeinsam die Zeitschrift «Nuovi Argumenti» leitete, mit Italo Calvino, mit Natalia Ginzburg.

Ein Vergleich mit Norman Mailer bietet sich an, der ebenfalls gern seine Gefährten angreift und sich zu einer Art Mystik bekennt. Norman Mailer hat ein extremes Pamphlet gegen die «Women's lib» geschrieben, Pasolini seinerseits hat das von den Linken propagierte Gesetz zur Legalisierung der Abtreibung bekämpft, und zwar im Namen der Heiligkeit des Lebens und der Tatsache, dass jeder Mensch seine embryonale Vorgeschichte im Unterbewusstsein bewahre.

Gegen die glatten Formeln, die die Linken, auch jene der bürgerlichen Zeitungen, von denen sie einige beherrschen, gegen Pasolini gebrauchen, um ihn des Mangels an Einsicht in die Gesetze der Geschichte anzuklagen, bekannte er sich zur Unreife, zu einer bewahrten Puerilität. Er bekannte sich sogar zu dem heute verpönten und verhöhnten italienischen Mutterkult, dem «mammismo», und schrieb in einem Gedicht, die Mutter sei für ihn die einzige Frau und die einzige Liebe.

Niemand hat Pasolini in seiner oft bis zum Absurden getriebenen Inkonsequenz deutlicher erkannt als der Dichter selber. Nicht seine Ideen, aber sein Misstrauen gegen die neue Rationalität, der alles durchschauenden, wird als Stachel und Ärgernis bleiben. Provoziert hat er die Freunde mehr als die Feinde, er hielt den Antifaschisten vor, sie seien selber Faschisten, bemerkte, dass sich junge Faschisten von jungen Antifaschisten in Gesichtsausdruck, Kleidung und Habitus nicht unterschieden. Jene, die von diesen Faschisten als von einer ganz anderen Rasse von Italienern redeten, seien unfähig, sich selber zu sehen. Er spottete auch, der Linken ersetze das Klassenbewusstsein die Kenntnis der Klassen. So richtete Pasolini manche Verwirrung an; man hätte sagen können, dass er die Rolle eines Narren unter den Revolutionären spielte, wenn ihm dazu der Humor nicht gefehlt hätte. Seine Verzweiflung war jedenfalls nicht gespielt, nicht Pose.

Man mochte sich ärgern oder doch wundern über diesen Pasolini, der den Sieg der Kommunisten herbeisehnte und zugleich eine Zukunft fürchtete, die einen flachen, phrasenhaften Konformismus bringen würde, doch muteten die platten triumphalen Widerlegungen, die ihm die unentwegt Geschichts- und Fortschrittsgläubigen entgegenhielten, und deren eiserne, von keinem Selbstzweifel berührte Konsequenz unmenschlicher an als alles, was Pasolini in Vers und Prosa geschrieben hat.

François Bondy

AUF DEN SPUREN SPITTELERS IN PETERSBURG

Offiziersstrasse Nr. 56, Haus Petrowskij?

Hier dieses Tram – ein klappriges Ungetüm aus den zwanziger Jahren – müssen wir nehmen. Theaterplatz? Wird wohl dasselbe sein wie die Teatral'naja ploschtschad' auf meinem Plan der öffentlichen Verkehrsmittel der Stadt Leningrad – einen Stadtplan mit Strassenverzeichnis habe ich vergeblich gesucht. Wir steigen ein; ich suche zweimal drei Kopeken, werfe sie in den Kassierapparat, wo schon eine Menge anderer Münzen darauf wartet, durch eine Verschiebung des gerillten Gummibandes in der Versenkung zu verschwinden, drehe die Kurbel für zwei Billette und setze mich. Das Tram fährt in der Tat in der gewünschten Richtung, mündet in die Sadowaja Ulitsa, biegt nach rechts, nach links, nach rechts, alles schön gemütlich, fährt an der Nikolajkirche vorbei, kommt schliesslich in Eile auf dem geraden Strassenstück vor unserem Ziel, einem weiträumigen auto- und fast menschenleeren Platz. Das da drüben muss die Oper sein, die dem Platz den Namen gegeben hat. Aussteigen und suchen!

«Theaterplatz Nr. 16, Haus Kuster», habe ich notiert. So hiess es in den Briefen Carl Spittelers an seine Eltern von 1873 bis 1876. Aber wie finde ich heraus, wo hier das Haus Kuster ist oder war? Ohne die schönen alten Stadtpläne und Adressbücher, die man in Bern oder auch in Heidelberg vorgelegt bekommt, ohne auf die Stadtverwaltung gehen zu können und zu sagen: «Bitte, wo genau wohnte Albertine Stöhr 1865, und bis wann war sie dort, und ist Nr. 5 heute immer noch Nr. 5?» Aber alles hat seine zwei Seiten. Zu Hause bekommst du alle gewünschten Auskünfte und gehst wohlversorgt an Ort und Stelle. Was findest du? Einen Backsteinbau aus den neunziger Jahren oder eine Jugendstilfassade, bestenfalls einen Baukran – wie damals in Heidelberg am Karlsplatz –, wenn die Strasse überhaupt noch existiert und du dich in veränderter Landschaft zurechtfindest.

Hier dagegen stehst du mit deiner alten Adresse wie der Mönch von Heisterbach auf menschenleerer Weite und schaust dich um: keine Baukräne, kein Jugendstil, keine Gründerzeit. Dieses Haus und jenes – ich schätze Anfang bis Mitte des 19. Jahrhunderts, vielleicht etwas später. Und so sieht es aus ringsum. Wer sagt dir aber, welches nun dein Haus Kuster ist? Geduld: wir sind nicht in Zürich, wo jedes Stück Fassade seine Tür hat und jede Tür ihre Nummer trägt – ein blaues Emailschildchen, das leicht abzuschrauben und auszuwechseln ist, nach Lust und Laune der Behörden. In Leningrad ist man grosszügiger und solider, in dieser Beziehung. Ein «Haus», das ist zum Beispiel jenes Eckgebäude, dreissig Meter Fassade rechts, fünfzig links, ohne dass es unter den andern besonders auffiele, und oben neben der Einfahrt steht gross die Nummer, aufgemalt auf einer Art Laterne, von weitem sichtbar: man denkt an die langen Winternächte. So ist es heute, so muss es damals gewesen sein, denn das neue Russland wie das alte liebt grosse Häuser mit einem einzigen, möglichst kleinen Eingang, nach dem Ballonprinzip: die heikle Verbindung mit der Aussenwelt soll kontrollierbar bleiben. Und richtig, da drüben ist Nr. 16,

vermutlich das ehemalige Haus Kuster, denn warum sollte sich die Numerierung geändert haben, wo doch ringsherum alles beim alten geblieben ist. Die Fenster gehen in der Tat auf die Oper hinaus, die jetzt, in der Augustvormittagssonne, einigermassen verlassen dasteht, die Spitteler aber von dort herab abends und nachts «illuminiert» hat sehen können. Rechtshin eine Quaistrasse, einen der zahllosen Leningrader Wasserläufe entlang; man erinnert sich an die winterlichen Überschwemmungen in den Kellerwohnungen der Hausknechte, von denen Spitteler zu berichten weiss; links die Strasse zur Nikolajkirche, von der wir hergekommen sind und die wir besuchen werden; eine der wenigen Leningrader Kirchen, wo heute noch Gottesdienste abgehalten werden: stumm wie das Grab. In den Hof hätte ich eintreten sollen. Spitteler hat ihn gerühmt: weit, sauber, im Gegensatz zu anderen Stadtgegenden – da war einzig das allgegenwärtige leidige Petersburger Wasser, das von unten heraufdrang, jedenfalls den Abfluss von Regen und Schneeschmelze verhinderte. Schade: ich habe Spittelers Briefe zu wenig genau wiedergelesen. Wozu auch, sagte ich mir? Nach einem vollen Jahrhundert, einer grossen Revolution und einer mörderischen Belagerung findest du sowieso nichts mehr! Du hast dich getäuscht. Die Stadt ist, wie sie war, mindestens hier herum, vor dir hast du Petersburg 1870, jedenfalls Petrograd 1917, konserviert im Zustand der Entthronung und Demütigung: damals verlegte Lenin das Hauptquartier seines Reichs in die alte Machtzentrale zurück – der Stadt an der Newa blieb lediglich sein Name.

*

Nicht überall freilich ist es so einfach: mit dem Tram hinfahren, aussteigen – da sind wir: Wohnstätte eines Schweizer Dichters 1871–1879. Wassiliewskij Ostrow zum Beispiel hat sich verändert, schon vor 1917. Der Anmarsch ist derselbe, vom Winterpalais und der Admiralität her über den Dwortsowyj Most zur Kunstkammer und Universität, dann weiter die Newa hinab. Auch das Schachbrettmuster der Insel ist geblieben: jede Häuserzeile eine «Linie», durchschnitten von «Prospekten». Hier ist auch schon die dreizehnte Linie; Nummer dreissig, links, war damals die Villa General Standertskjölds, wie ich weiss, ein geräumiges Haus mit Garten, die Schmalseite der Strasse zugekehrt. Hier hat die junge Petersburger Industrie aufgeräumt: da und dort noch ein älterer Bau aus dem letzten Jahrhundert, von der ländlichen Atmosphäre aber keine Spur mehr, statt dessen langweilige, unförmige Kästen. Neugierig (oder ist es schon Misstrauen?) beobachtet man den Fremden, der in der einsamen, da und dort mit Bäumen bepflanzten Strasse etwas zu suchen scheint, den Photoapparat vors Auge hebt und wer weiss was, sicher nichts touristisch Registriertes, Sehenswertes aufnimmt. Hat er es auf eine Dokumentation des grauen Leningrader Alltags abgesehen? Auf die Schlangen vor den Gemüse- und Früchtebuden, den Schuhläden, den Gaststätten? Eine Freundin, die derartiges zu photographieren trachtete, ist unlängst sehr unsanft behandelt worden. Ich halte mich besser nicht zu lange hier auf.

*

Und wo ist wohl die Offiziersstrasse, an der Spitteler von 1876 bis 1879 wohnte?

Sollte tatsächlich noch ein Strassenname an die Verteidiger des Zarenregimes erinnern? Ich suche auf meinem Plan der Bus- und Tramlinien, ohne Erfolg, frage nach, unsere Lehrerinnen zum Beispiel: ja, im Stadtteil Petrograd beim Petrowskij Ostrow, in der Nähe des Leninstadions, da müsse so etwas sein, wenn überhaupt: ihr Finger beschreibt einen Kreis von etwa einem halben Quadratkilometer.

Fahren wir hin! Es ist Sonntag, ich habe in Djuny den Bus nach Sestrorjetsk genommen, dort die Vorortsbahn zum Finnländischen Bahnhof, dann diverse Strassenbahnen im Zickzack durch «Wyborg» und «Petrograd» und steige aufs Geratewohl beim Leninstadion aus: Schdanowquai heisst es hier. Sollte Schdanow etwa die Ehre der zaristischen Offiziere geerbt haben? Überraschung: eine torähnliche Durchfahrt durch ein imposantes öffentliches Gebäude, und oben an der Mauer: «Ofitsjerkij Pereulok» – «Offiziersgässchen». Im Diminutiv hätte man sie also weiterleben lassen? Ein ziemlich breites, kurzes Strässchen mit Alleebäumen, alten Gebäuden, baumbestandenen Vorhöfen – leider viel zu kurz: eine Nummer 56 wird es hier nicht geben, und der Baron von Cramer, Spittelers zweiter Petersburger Brotherr, wird sich kaum in dieser Umgebung angesiedelt haben, auch nach den empfindlichen Vermögensverlusten im Gefolge des russisch-türkischen Krieges; man denke: nach dem repräsentativen Haus Kuster am Theaterplatz! Eine alte Frau sitzt am Parterrefenster, die Ellbogen auf der Brüstung, schaut in die sonntägliche Stille hinaus, wartet auf Passanten. Soll ich fragen? Wozu? Die Strasse zählt nicht mehr als zwanzig Häuser Leningrader Stils. Geht es am Ende irgendwohin weiter? Fragen wir den Mann, der sich hier, am Ende des Pereulok, in einer ansehnlicheren Querstrasse an seinem Auto zu schaffen macht. Die Antwort ist kurz, abweisend – eine Seltenheit in dieser Stadt. Fürchtet er etwa, ein Gespräch mit dem offenbar unbeaufsichtigten Ausländer, unter äugenden Fenstern, gefährde seinen kostbaren Besitz?

Also vielleicht doch eher das Schdanowquai selber. Lange genug zieht es sich hin. Und an ansehnlichen Gebäuden fehlt es hier nicht, öffentlichen und privaten, älteren und neueren. Das dort könnte es sein, alt genug ist es – wir sind aber erst bei Nummer dreissig. Und bald, nach einem Kilometer etwa, stehen wir auch hier am Ende, bevor Nummer sechsundfünfzig erscheint: das Quai bricht ab, von Petrowskij Ostrow führt eine Brücke über den Kanal. Trostlosigkeit ringsum: heruntergekommene Bauten, Baracken, verwilderte Grundstücke, morsche Kähne, Plankenwände, ein idealer Filmdekor: nichts für Herrn von Cramer und seinen Hofmeister. Ich bin müde, warte auf den Trolleybus, der hier vorbeikommen sollte. Gegenüber, in der langen, hohen Mauer, öffnet sich ein Tor. Soldaten treten heraus, ein ganzer Zug, stellen sich auf, in Zweierkolonne, voraus die Fassmannschaft mit Eimern und anderem Geschirr, ein Unteroffizier kommandiert, Abmarsch das Quai entlang, zu irgendeiner Kasernenküche. Gerne holte ich den Apparat aus der Versenkung in meiner Umhängetasche, wage es aber nicht, in Anbetracht der hundert Dinge, die man hierzulande laut schriftlicher Anweisung nicht photographieren darf und zu denen sicher auch diese Gruppe wohlgenährter, jetzt aber gerade hungriger Soldaten gehört, spleeniger Leningrader

Militäralltag, weitab von pompösen Raketenparaden. Schon kommt der Bus; der öffentliche Verkehr funktioniert tadellos. Eine junge Arbeiterin mir gegenüber bittet mich um Kleingeld für ihre Fahrkarte. Erstaunlich die Disziplin, mit der sie sich hier pflichtgemäss ihr Billett holen, beim Selbstbedienungsapparat, der keineswegs so perfekt gegen etwaige Unehrlichkeit gewappnet ist wie zu Hause, sondern die Fahrscheine ohne weiteres auch ohne Bezahlung liefern würde. Niemand scheint daran zu denken, bei völliger Abwesenheit jeder Kontrolle – ausser der gegenseitigen.

*

In der Saltykow-Schtschedrin-Bibliothek – wie man mir sagt, der zweiten in der Sowjetunion –, wohin ich einen Separatabdruck der «Schweizer Monatshefte» mit meinem Lunatscharskij-Aufsatz bringe und dann im Katalog – o Jammer – nach unseren Schweizer Klassikern Ausschau halte, hat man auch keine alten Stadtpläne. Dafür weiss jemand persönlich Bescheid: die Offiziersstrasse heisse jetzt Strasse der Dekabristen. Ein Volltreffer! Jene Offiziere, die im Dezember 1825 einen der ersten Aufstände gegen den Zaren angezettelt hatten – sie konnte man gelten lassen, ähnlich wie den Leutnant Schmidt, Anführer des Matrosenaufruhrs auf dem Kreuzer «Otschakow», an den heute eine Newabrücke erinnert. Hat nicht Carl Spitteler, derselbe, der drei Jahre an dieser Strasse gewohnt haben muss, den entscheidenden Beitrag eines Berner Hauptmanns zur Niederschlagung des Aufstandes geschildert, mit offenbarer Sympathie für dessen Loyalität?

Ulitsa Dekabristow? Das war ja ganz in der Nähe des Theaterplatzes, jene Strasse, die den Platz im Norden, dem Haus Kuster gegenüber, abschliesst und die sich links und rechts davon erstreckt. Ich fahre noch einmal hin. Richtig: nach ein paar Minuten stehe ich vor Nummer sechsundfünfzig – ein herrschaftlich aussehendes dreistöckiges Eckhaus; es muss damals, 1876, ziemlich neu gewesen sein. Die Strasse davor – Bäume auf dem Mittelstreifen, breite Trottoire – wimmelt von Menschen, mitten im Werktagmorgen. Wie hiess es in Spittelers Brief vom 26. Februar 1877: «Flanieren, bummeln, das geht hier nicht ... das Publikum auf den Strassen ist zu gemein. Unter all dem Volk, das da geht, trifft man nur selten einen anständigen Menschen, das Übrige ist diese rohe Menge von Dienstleuten, Hausknechten, Arbeitern, Soldaten, die der Russe alle mit einem Namen benennt: ‹Muschik›, etwas wie ‹Kerl›. Wenn man also spazieren geht, muss man sich mit all dem Pack herumschlagen, von dem man mit dem Ellbogen gestossen wird, denn das Ausweichen verstehen die nicht.» Sind das hier die Nachkommen? Es heisst, dass diese Stadt, dieses Land jetzt ihnen gehören – nicht mehr den hochmütigen baltischen Baronen mit ihren offenbar ebenso hochmütig gewordenen Schweizer Privatlehrern. Wie steht es damit in Wirklichkeit? Jedenfalls wohnen sie hier, zum Beispiel in jener geräumigen, komfortablen Wohnung oben, in die vor hundert Jahren Herr von Cramer einzog. Ich ginge gerne hinauf. Was würde ich aber finden? Ich ziehe es vor, unten zu bleiben, werfe einen Blick auf das gleich hier beginnende Vorstadtniemandsland: ein Kanal, eine Brücke, irgendeine Eisenbahnlinie. Drüben ist eine Bude, wo Kwass ausgeschenkt

wird. Ich fühle Durst, stelle mich in die Reihe, hinter ein halbes Dutzend Arbeiter jeden Alters, lege meine paar Kopeken hin. Die Frau am Ausschank spült eines der grossen Gläser für mich, indem sie es über den springbrunnenähnlichen Hahn stülpt und auf die elastische Unterlage drückt: Wasser schiesst empor, wäscht das Notdürftigste herunter – dann hält sie mir einen halben Liter von dem hellgelben Getränk hin. Ich mache Platz, trinke neben den plaudernden Gruppen, allein zwar, aber unbeobachtet, als ob ich dazu gehörte.

Werner Stauffacher

DUNANT IM TRAMDEPOT

Randnotizen zur Uraufführung des Stücks von Herbert Meier

«Dunant» im Tramdepot Tiefenbrunnen, wo das Schauspielhaus seine Studioinszenierungen zeigt: das wäre in diesem Fall vielleicht keine ganz unangemessene räumliche Voraussetzung. Es geht in diesem Stück ja nicht darum, ein Denkmal aufzufrischen und zu vergolden, sondern eher darum, es vom Sockel zu holen, um es genauer zu besichtigen, im Arbeitslicht wenn möglich. Dem Vorhaben ist der werkstattnahe, improvisierte Spielort zuträglicher als Plüsch und Lüster eines traditionellen Theaterraums. Aus der Werkstatt ist eine Beiz gemacht worden, aus der Remise ein Zuschauerraum, hier der Speisesaal des Hospitals von Heiden, wo Henri Dunant seinen Lebensabend verbracht hat. Also nichts von Feierlichkeit, nichts, was auf kulturelle und humanitäre Pflichtübung deuten könnte, auch nichts von historischem Festspiel? *Herbert Meier*, der die Szenenfolge «*Dunant*» geschrieben hat, zielt nicht auf eine Bestätigung des humanitär-patriotischen Mythos; ihm hat vorgeschwebt, an der Figur des Gründers des Roten Kreuzes «die wahre Geschichte einer Gesellschaft, die wir sind», erfahrbar zu machen. Die ersten Reaktionen sind jedoch so zu deuten – und mein eigener Eindruck bestätigt es –, dass es bei der Absicht geblieben ist. Möglicherweise hat der Autor nur zum einen, der Regisseur jedenfalls zum andern Teil dafür einzustehen. Und sehr wohl möglich auch, dass die historische Figur und weit mehr noch das Bild, das die nach Idolen bedürftige Überlieferung von ihr geschaffen hat, selbst in einem Tramdepot als Spielort der werkstattgemässen Revision im Wege stehen. Das Spital von Heiden, ohnehin schon aus Anlass der Übergabe des Nobelpreises an seinen Insassen festlich bekränzt, wird zur moralischen Anstalt. Die Risiken, eine nationale und humanitäre Vaterfigur auf die Bühne zu stellen, sind nicht gering. Übrigens wird man bald einmal vergleichende Studien anstellen können: sowohl der Genfer Walter Weideli wie der deutsche Dramatiker Dieter Forte haben ein Dunant-Stück angekündigt.

*

Merkwürdigerweise scheint niemand besonders überrascht, und doch ist es rundweg erstaunlich, dass die jüngsten

Uraufführungen und offenbar auch einige weitere, die noch ausstehen, der Geschichte zugewandt sind: historische Dramen mithin, wenn man den Gattungsbegriff nicht zu eng fasst. Die Dramaturgie der sechziger Jahre hat die Möglichkeit des Historienstücks erst noch radikal in Zweifel gezogen. War es, nach all den Versuchen, die Welt als veränderbar darzustellen, nachgerade einfach fällig, wieder nach den historischen Bedingtheiten der Gegenwart zu fragen? Wahrscheinlich haben die mittlere und die jüngere Generation – nicht nur auf dem Theater – ein Geschichts-Vakuum zu überwinden. Allzu lange haben sie sich kaum noch für das interessiert, was vorangegangen ist und jeden Neubeginn mitbestimmt, ob man es nun verdränge oder bewusst in Rechnung stelle. Möglicherweise ändert sich das eben jetzt.

Zunächst könnte es zwar scheinen, es handle sich dabei vorwiegend um eine regionale, allenfalls – wenn wir an Weideli denken – eine schweizerische Wendung. Herbert Meier hat in der vergangenen Spielzeit mit «*Stauffer-Bern*» einen beachtlichen Erfolg errungen, mit einer «Gesellschafts-Geschichte» ebenfalls, einem Rückgriff auf das neunzehnte Jahrhundert, in welchem – wie manche meinen – «die Schweiz wurde, was sie heute ist[1]». Von *Adolf Muschg* gibt es – in der Spielzeit 74/75 uraufgeführt – «*Kellers Abend*», ein Stück, das eine Anekdote aus Gottfried Kellers Biographie aufgreift und weiterspinnt, ein Streiflicht auf die europäische und auf die Schweizer Geschichte nach 1848[2]. Merkwürdigerweise scheint niemand besonders überrascht: Dunant, Bundesrat Welti, der Maler Karl Stauffer, Gottfried Keller und andere Repräsentanten unserer Vergangenheit als Bühnenfiguren – das hätte man sich vor ganz kurzem nicht träumen lassen, als die Schweiz noch erklärtermassen «kein Thema» war! Dass es sich bei diesen Rückblenden auf das neunzehnte Jahrhundert nicht um Ausnahmen handelt, belegen die Aktivitäten der aargauischen Kleintheater. In Aarau (Innerstadtbühne) lief mit Erfolg der «*Zschokke-Kalender*», eine Bilderfolge um den Volkserzieher, Schriftsteller und Politiker Heinrich Zschokke (Buch: *Klaus Merz*). Und bei der Claque in Baden soll in der kommenden Spielzeit ein Stück uraufgeführt werden, dessen Held der berühmt-berüchtigte Dieb und Ausbrecher Bernhard Matter ist, eine Figur, die zur Geschichte von der Errichtung des Bundesstaates und vom Ausbau der demokratischen Rechte einen düsteren Hintergrund abgibt.

Man müsste im einzelnen genau unterscheiden zwischen den Versuchen, politische Zielsetzungen von heute in historische Zusammenhänge hineinzuprojizieren, um sie dergestalt «geschichtlich abzustützen», und dem Bestreben, historische Vorgänge nachzuvollziehen, um die Gegenwart besser zu verstehen. Von purer Willkür bis zur Betroffenheit ist da ein weites Feld, und lediglich die Hinwendung zur Geschichte als Stofflieferant besagt noch keineswegs, dass eine neue Dramatikergeneration die Phase der Traditionslosigkeit überwunden habe. Im Gegenteil, es gibt Beispiele dafür, wie mit Geschichtlichem nach Belieben umgesprungen wird. Aber als Ziel zeichnet sich doch auch ab, was man kritische Auseinandersetzung mit Geschichte nennen darf, Überprüfung und Revision überlieferter Vorstellungen. Nicht die Dramatiker allein haben damit angefangen. Nach *Hans Magnus Enzensberger*, der in seinem

«*Mausoleum*» siebenunddreissig Balladen «aus der Geschichte des Fortschritts» vereinigt und poetische Rückschau hält, tritt *Peter Rühmkorf* mit einem brillanten Buch auf den Plan: «*Walther von der Vogelweide, Klopstock und ich*» ist ein Unternehmen, von dem sein Verfasser sagt, er habe damit die beiden Literaturdenkmäler «aus dem reaktionären Traditionsbett gelöst[3]». Das ist es: Denkmäler werden vom Sockel geholt und beatmet. Lange genug hat man sie dort stehen lassen und so getan, als gingen sie uns wirklich nichts mehr an. Jetzt wird nach denen gefragt, die sie darstellen.

*

Das Theater war immer schon ein Forum für Prozesse dieser Art. Es gibt insofern auch Vorläufer der gegenwärtigen Wendung zum Historienstück: Fortes Luther-Drama oder der «Marat/Sade» und «Hölderlin» von Peter Weiss. Aber es ist, meine ich, ein Unterschied, ob mit Figuren der Geschichte ein Parabelstück gebaut oder ob das Theater mit diesen Figuren über sich selbst hinaus auf die Wirklichkeit des Vergangenen und Gewordenen verweise. Dürrenmatt hat sich immer skeptisch zu dieser zweiten Möglichkeit geäussert. Er gibt dem Modell in Parabelform die grösseren Chancen. Die erdichtete Welt als Beispiel scheint ihm fruchtbarer für das Theater, und falls Orts- und Zeitbezeichnungen, auch historische Namen eine Spielhandlung an einem geschichtlichen Ort ansiedeln, so bleibt doch der absolute Ort immer die Bühne. Mit den historischen Stücken, die jetzt erscheinen, könnte sich das ändern. In ihnen weist Theater auf konkrete historische Zusammenhänge hin, die wir als Zuschauer überdenken sollen. Die Figuren sind nicht nur Zeichen, nicht nur Bühnenfiguren, sondern Personen, deren Lebenslauf im biographischen Lexikon nachgeprüft werden kann. Daraus erwachsen Schwierigkeiten, Gefahren dramaturgischer und künstlerischer Art. Was geschieht, wenn die Bühnenfigur nicht stark genug ist, um die historische Persönlichkeit hinter ihr zu verdrängen? Im «Marat/Sade» bewährt sich der dramaturgische Kunstgriff, geschichtliche Vorgänge *spielen* und Bühnenfiguren in der Rolle historischer Persönlichkeiten agieren zu lassen. In Herbert Meiers «Dunant» ist das ganz anders: wir finden uns als Zuschauer im Speisesaal von Heiden in Gesellschaft des wirklichen Vaters des Roten Kreuzes, dem soeben der Nobel-Preis überreicht worden ist.

*

Dieser Henri Dunant (von *Gert Westphal* mit bewundernswerter Präsenz und sprachlicher Gestaltungskraft gespielt) soll also als alter Mann noch einmal die Stationen seines Lebens erzählen. Seine Erinnerungen sind die Szenen des Stücks, seine Antworten auf die Fragen seines einsamen Zuhörers Adler, eines Mitinsassen des Spitals, der verbindende Kommentar. Darstellerisch ist das kaum lösbar: der Greis soll zugleich den jugendlichen, initiativen Bankier und Spekulanten verkörpern, der er einst war, den eifrigen Werber für die Ideen, die ihn seit seinen Erfahrungen auf dem Schlachtfeld von Solferino verändert haben. Auch weiss man nie so recht, woher denn die andern Figuren plötzlich auftauchen, die Grossen dieser Welt und ihre Opfer, die Mächtigen und die Machtlüsternen. Das Spiel im Spiel, das streng genommen ja nur ein Bilder-

bogen der Erinnerung im Kopf des alten Henri Dunant sein kann, hat keine aus der Situation einsehbare dramaturgische Motivation. Meist ist exakt und sorgfältig formuliert, was die Figuren sagen. Manchmal klingen freilich auch Parolen an, die in diesem Zusammenhang fremd anmuten. Da unterhält sich Dunant mit der Kaiserin Eugenie *(Renate Schroeter)* im Exil in London und philosophiert mit der Dame über den Begriff des Schicksals. Man hört deutlich heraus, was dazu seit Sartre und seit den Lehren von der Veränderbarkeit der Welt und der Gesellschaft im Umlauf ist: Ablehnung des Schicksalsbegriffs. Ich soll mir als Zuschauer also zunächst vorstellen, was sich da in Rückblenden zu einzelnen szenischen Bildern verdichte, sei die Erinnerung des alten Spitalgastes, und dann äussert er Gedanken, die schwerlich seinem Bewusstseinsstand entsprechen können. Es ist die Unentschiedenheit der Perspektive, verstärkt noch durch die Inkonsequenzen der Regie *(Jörg Cossardt)*, die den Abend belasten. Da wird also Geschichte repetiert, die Geschichte des Bankiers, der von Napoleon III. auf dem italienischen Kriegsschauplatz eine Audienz erzwingen wollte, weil er sich Konzessionen für eine spekulative Unternehmung in Algerien versprach, und der dann unter dem Eindruck dessen, was er auf dem Schlachtfeld von Solferino sah, zum Vorkämpfer einer Konvention zur Verbesserung des Loses von Verwundeten und Gefangenen wurde. Sein Engagement ist zugleich sein Unglück. Nicht nur bricht seine bürgerliche Existenz zusammen, er muss auch erkennen, dass so etwas wie die «Humanisierung des Krieges» – bei allen grossen Verdiensten, die das Rote Kreuz seit seiner Gründung belegen kann – im Grunde nichts als Stückwerk und letztlich gar eine Absurdität ist, eine notwendige Massnahme gewiss, aber keine Lösung, nach deren Institutionalisierung sich unser Gewissen beruhigen könnte.

Das wird weniger gezeigt als in einprägsamen Sätzen vor allem ausgesprochen. Aber es ist noch nie das blosse Anliegen gewesen, das den Rang eines Theaterabends bestimmt hat. Ich kann vom historischen Stoff und von den Stationen aus dem Leben des Henri Dunant noch so beeindruckt sein, die Frage bleibt, was Theater in diesem Fall an szenischer Wirklichkeit gebracht habe, und dazu zählen konzentrierte Augenblicke, Schauvergnügen, Unterhaltung. In dieser Hinsicht kann Herbert Meiers Stück nur mühsam funktionieren. Es bleibt nicht entschieden genug bei der Voraussetzung, man befinde sich als Zuschauer im Speisesaal des Spitals. Draussen vor dem Fenster spielt zu Beginn noch die Blasmusik, der Preisträger sitzt im dunklen Anzug mit gestreiften Hosen auf seinem Ehrenplatz, die Schwestern räumen das Podium auf und wischen den Boden, die Oberschwester setzt sich in Szene. Selbst Spitalgeruch wird von der findigen Technik eingeblasen. Aber kaum beginnen die Bilder aus dem Leben Dunants szenische Gestalt anzunehmen, entschwinden Schauplatz und Rahmensituation aus dem Bewusstsein des Zuschauers.

Das hat Folgen. Der Dunant von Heiden, so muss man annehmen, hat sich von dem Dunant der frühen Jahre weit entfernt, auch in der Beurteilung seines Werks und mehr noch in der Beurteilung dessen, was andere daraus gemacht haben. Das dramaturgische Problem bestünde darin, wie man diese beiden Bewusstseinsebenen gegeneinan-

der ausspielen könnte. Die Zwischenszenen mit Adler genügen dazu offensichtlich nicht, sie haben zu wenig Eigengewicht, wirken bald etwas mühsam und schliesslich nur noch störend. Die Spitalwirklichkeit prägt sie nicht, die Atmosphäre des verlassenen Speisesaals, die Anwesenheit anderer Patienten, die Aufsicht der Oberschwester, die Geräusche eines Krankenhauses bei Nacht – all das fehlt vollkommen, und damit fehlt auch die klare Perspektive für die Rückblenden, in denen zudem genau der gleiche Dunant auftritt wie im Zwiegespräch mit Adler. Es kommt hinzu, dass die einzelnen Bilder unterschiedlich ausgefallen sind. Am stärksten noch scheinen sie mir dort, wo Vermorel *(Ingold Wildenauer)*, bezeichnenderweise eine erfundene Figur, mit Dunant rechtet und ihm vorhält, er verbinde zwar Wunden, aber er verhindere nicht, dass sie geschlagen werden. Diesen Vermorel trifft Dunant wieder in den Tagen der Pariser Kommune, und da nun zeigt sich, dass es Vermorel auch nicht zu verhindern vermag. Das prägt sich ein und ist packend auf Anhieb. Sonst ist das meiste eher gepflegt und klug formuliert, allenfalls kritisch ins Licht gerückt, aber ohne Unmittelbarkeit, ohne rechtes Leben. Was soll uns eine gestikulierende, eitle Königin Eugenie, was ein Mac Mahon? Es sind Exponate aus dem Wachsfigurenkabinett, die reden und sich bewegen. In der Szene in der Pariser Weltausstellung kommt gar Pathos auf, wenn der totgeglaubte Dunant vor seinem eigenen Denkmal steht.

Herbert Meier wolle Denkanstösse geben, sagt der Regisseur im Programmheft. Die haben wir wahrscheinlich immer nötig, obwohl man vorsichtig damit sein sollte, das Publikum für denkfaul zu halten. Die fruchtbarsten Anstösse im Theater sind übrigens noch immer die, welche von Bildern und Situationen ausgehen.

*

Bei aller Sorgfalt ist die Uraufführung des Stücks über Henri Dunant mehr nicht als ein halbwegs geglückter Versuch. Zuviel Unentschiedenheit, vielleicht auch eine gewisse Verkrampfung der Figur, dem Thema, der dramaturgischen Behandlung gegenüber mögen sich schliesslich negativ ausgewirkt haben. Man kann nur wünschen, die Erfahrungen im Tramdepot Tiefenbrunnen könnten anderswo in einen zweiten Inszenierungsversuch eingebracht werden. Was mir jedoch auch wichtig scheint: Die ernsthafte kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte gewinnt wieder an Boden. Die Schweiz selbst ist wieder ein Thema; ihre Tradition, ihre gesellschaftlichen und politischen Bedingungen scheinen länger nicht mehr unter dem Odium zu stehen, sie könnten dem Schriftsteller keinen «welthaltigen Stoff» abgeben. Die Wendung ist so offensichtlich und nicht nur durch diesen jüngsten Fall belegt, dass man sich über den Anachronismus der Berner Rektoratsrede von Professor Hans Jürg Lüthi («Schweizer Schriftsteller und die Schweiz») nur noch wundern kann. Es gibt in unserer zeitgenössischen Literatur und vor allem in der Dramatik schon jetzt eine ganze Reihe von ernsthaften Ansätzen, das Überlieferte und Gewordene aufzuschliessen, zu befragen und ins Gespräch über unsere Gegenwart einzubeziehen.

Man sollte dabei nicht übersehen, dass es nicht ganz leicht ist, gegen bis

vor kurzem (und selbst jetzt noch) starke Strömungen zur unbefangenen Begegnung mit der Vergangenheit, zum Dialog mit den herausragenden Gestalten der Geschichte vorzustossen. Vor den Schwierigkeiten, die jede kreative Arbeit ohnehin zu überwinden hat, türmen sich Widerstände auf, die unmittelbar aus der aktuellen Literatur- und Kunstszene kommen, aus vorherrschenden Doktrinen und nicht mehr reflektierten Parolen. Wenn einer, wie Herbert Meier in seinem Dunant-Stück, mit redlichem Willen nach der Wahrheit sucht, wenn er Figuren und Fakten Gerechtigkeit widerfahren lässt, dann setzt das Courage nicht nur der «herrschenden Gesellschaft» gegenüber voraus, sondern ebenso gegenüber ihren etablierten Verächtern. Es mag wohl sein, dass sich der Kampf gegen Vormundschaften gegensätzlicher Art auf das Ergebnis seiner Arbeit ausgewirkt hat. Denkmäler aus dem «reaktionären Traditionsbett» zu lösen, ist sinnvoll, wenn man sich wie Herbert Meier weigert, sie gleich drauf in ein «progressives Schema» einzusetzen. Das ist auch eine Emanzipation; auf dem Weg zu einem unverkrampften Verhältnis zur eigenen Vergangenheit muss sie erkämpft werden.

Anton Krättli

[1] Der Text zu «Stauffer-Bern», ergänzt durch Aufnahmen der Uraufführung im Studio Wolfbach, ist vor kurzem im Verlag Huber, Frauenfeld, erschienen. – [2] «Kellers Abend» ist im Druck zugänglich in «Spectaculum 23», Suhrkamp-Verlag, Frankfurt am Main 1975. – [3] Das neue Buch, Rowohlt-Verlag, Reinbek bei Hamburg 1975.

Ich respektiere das Gegebene. Daneben aber freilich auch das Werdende, denn eben dies Werdende wird über kurz oder lang abermals ein Gegebenes sein. Alles Alte, soweit es Anspruch darauf hat, sollen wir lieben, aber für das Neue sollen wir recht eigentlich leben. Und vor allem sollen wir, wie der Stechlin uns lehrt, den grossen Zusammenhang der Dinge nie vergessen. Sich abschliessen heisst sich einmauern, und sich einmauern ist Tod.

Theodor Fontane, Der Stechlin, 1898.

Aus: «Sprüche und Widersprüche zur Planung», Schriftenreihe zur Orts-, Regional- und Landesplanung Nr. 24, Zürich 1975.